

Informationen zum Datenschutz nach Art.13 DS-GVO

Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Ticketkontrolle

Verantwortlicher:

Stadtbuss Ingolstadt GmbH
Geschäftsführer Dr. Robert Frank

Hindenburgstraße 1, 85049 Ingolstadt

Telefon: +49 (0) 841 305-46400
E-Mail: datenschutz@stadtbuss-ingolstadt.de

Kontaktadressen der/des Datenschutzbeauftragten:

Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR
Hindemithstr. 30, 85057 Ingolstadt

Telefon: +49 (0) 841 305-3333
E-Mail: datenschutz@in-kb.de

Zwecke der Verarbeitung Rechtsgrundlage:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von Ticketkontrollen erfolgt zur Wahrung der vertraglichen Ansprüche des Verkehrsunternehmens und zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Beförderung und Abrechnung.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Rechtsgrundlage ist dabei insbesondere Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO, soweit eine rechtliche Verpflichtung zur Datenverarbeitung besteht (z. B. zur Abrechnung erhöhter Beförderungsentgelte oder Erfüllung sonstiger gesetzlicher Pflichten), und/oder Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen erforderlich ist und keine überwiegenden Interessen der betroffenen Person entgegenstehen.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten werden nur an autorisierte Mitarbeiter der Stadtbuss Ingolstadt GmbH, die für Ticketkontrolle und Abrechnung zuständig sind, weitergegeben. Im Fall von Ordnungswidrigkeiten oder Missbrauch werden Daten ggf. an die zuständigen Behörden übermittelt.

Dauer der Speicherung bzw. Löschung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Durchführung der Ticketkontrolle oder die rechtliche Nachverfolgung erforderlich ist. Danach erfolgt eine Löschung, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen.

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Die Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Kontaktdaten kann jederzeit für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Auskunft

Sie haben im Rahmen geltenden Rechts uns gegenüber einem Auskunftsrecht über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten.

Berichtigung:

Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

Vervollständigung

Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu vervollständigen, wenn sie unvollständig sind.

Löschung:

Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu löschen, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie einen bei den Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR gestellten Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen. („Recht auf Vergessen werden“)

Einschränkung:

Sie können von uns verlangen die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.

Datenübertragbarkeit:

Wenn Sie in die Verarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Widerspruch:

Aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie in den dafür gesetzlich vorgesehenen Fällen jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einlegen.

Widerruf:

Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit widerrufen. Die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Sollten Sie von den genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der/die Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei dem Landesbeauftragten für Datenschutz des Landes Bayern unter folgenden Kontaktdaten:

Für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Postfach 22 12 19, 85052 München
Wagmüllerstraße 18, 80538 München
Telefon: 089 212 672-0, Fax: 089/212 672-50
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Erforderlichkeit für Vertragsabschluss

Die Bereitstellung der für die Bearbeitung eines erhöhten Beförderungsentgelts erforderlichen personenbezogenen Daten ist notwendig, damit der Sachverhalt geprüft, die Forderung bearbeitet und erforderlichenfalls durchgesetzt werden kann.

Werden die erforderlichen Daten nicht bereitgestellt, kann der Vorgang gegebenenfalls nicht abschließend bearbeitet werden. Gesetzliche Auskunft- oder Mitwirkungspflichten bleiben unberührt.